«Die Leute sehen uns primär als Kostenfaktor»

Gewalt gegen Behinderte Menschen mit Beeinträchtigung sind überdurchschnittlich von Übergriffen betroffen, zeigt ein Bericht des Bundes. Jahn Graf und Christian Lohr erzählen, wie sie die Aggression erleben.

Cyrill Pinto

Als Influencer und Fernsehkommentator hat es Jahn Graf zum Prominentenstatus gebracht. Während den Paralympics 2022 führte er im Schweizer Fernsehen zur besten Sendezeit durch seine Sendung «Para-Graf». Sein Podcast «Jahns rollende Welt», in dem der 32-Jährige mit bekannten Persönlichkeiten spricht, hören regelmässig Tausende. Dass Graf eine Karriere als Medienschaffender macht und ein selbstbestimmtes Leben führen kann, musste er sich allerdings hart erkämpfen. Dem Mann, der seit seiner Geburt mit einer Muskelspannung lebt und deshalb im Alltag auf einen Rollstuhl angewiesen ist, sagte man immer: «Du kannst nicht Journalist werden.» Wäre es nach den Betreuern in der heilpädagogischen Schule gegangen, hätte er höchstens eine Büroanlehre beginnen können – als Alternative wartete die Werkstatt.

«In heilpädagogischen Schulen ist man gefangen, dort wird einem der Stempel ‹Behindert› aufgedrückt», sagt Graf, der sich in seiner Schulzeit gegen dieses System auflehnte und deshalb schnell als Querulant galt. Auch habe er als Teenager Mobbing erlebt. Noch immer erfahre er in der Öffentlichkeit verletzende, verbale Gewalt. «Der kostet ja nur», sagte ein älterer Mann kürzlich gegenüber seiner Begleitung – für Graf gut hörbar. «Das ist ein krasses Beispiel», sagt Graf, «doch ich bekomme auch viel subtiler immer wieder zu spüren, dass die Leute mich primär als Kostenfaktor sehen – und nicht als gleichberechtigtes Mitglied dieser Gesellschaft.» Das heutige System verhindere eine Integration, statt diese zu fördern. Das Machtgefälle, das in diesen Institutionen vorherrsche, fördere Gewalt, körperlicher oder sexueller Natur, so Graf.

«Angriffe auf die Würde des Menschen sind nicht tolerierbar.»

Nationalrat Christian Lohr im Bundeshaus

Fotos: Nicole Philipp, Michele Limina

«‹Der kostet ja nur›, sagte ein älterer Mann für mich gut hörbar.»

Jahn Graf an seinem Wohnort Cham

Bei Missbrauch werden Behinderte allein gelassen

Zum gleichen Schluss kommt der am Freitag veröffentlichte Bericht des Bundes über Gewalt an Menschen mit Behinderungen. In ihrem Fazit kommen die Forscherinnen der Hochschule Luzern zum Schluss, dass Menschen mit Einschränkungen überdurchschnittlich häufig von Gewalt durch Personen betroffen sind – aber auch strukturelle Gewalt erfahren. «Besonders erschreckend ist die Beobachtung, dass Erfahrungen von Gewalt und Vernachlässigung oft bis in die Kindheit zurückreichen», heisst es im Bericht etwa. Das Geschlecht, kognitive, psychische oder kommunikative Einschränkungen erhöhten das Risiko, Opfer zu werden. Auch ausgerechnet die Personen und Einrichtungen, die Behinderte unterstützen sollten, «stellen besondere Risikofaktoren dar», so der Bericht. Denn sie sind es, die über die Betroffenen bestimmen – und sie haben selbst wiederum kaum eine Möglichkeit, extern Hilfe zu holen.

Denn kommt es zu Gewalt, seien Notunterkünfte, Notfallzentren oder andere Einrichtungen für Menschen mit Einschränkungen nicht oder nur schwer zugänglich. «Die Mitarbeitenden fühlen sich kaum für gewaltbetroffene Menschen mit Behinderungen zuständig. Die Angebote sind nur telefonisch oder per Mail erreichbar, neuere Kommunikationsmittel werden kaum eingesetzt», heisst es im Bericht. Die Einrichtungen seien zum Beispiel für Menschen im Rollstuhl nur schwer zu erreichen, auch die bereitgestellten Informationen seien fast nie barrierefrei.

Laut Studie gibt es zwar nur wenige spezifische Daten zu Übergriffen. Doch dort, wo Daten vorhanden sind, zeigt sich, dass Behinderte überdurchschnittlich von Gewalt betroffen sind, etwa am Arbeitsplatz. Dort erfahren sie doppelt so häufig Einschüchterung oder Mobbing. Auch sind sie öfter Drohungen oder Erniedrigungen und verbaler Gewalt ausgesetzt als nicht behinderte Kolleginnen und Kollegen. Ausgehend vom Bericht empfiehlt der Bundesrat nun den Kantonen, die Prävention und die Bekämpfung von Gewalt zu verstärken.

Bei der Prävention ist «noch viel Luft nach oben»

Organisationen, die sich für Prävention einsetzen, wie etwa die Fachstelle zur Prävention sexueller Ausbeutung Limita, begrüssen es, «dass der Bundesrat den Handlungsbedarf sieht», wie Geschäftsführerin Yvonne Kneubühler sagt. «Gleichzeitig weisen wir als Präventionsfachstelle darauf hin, dass bezüglich vorbeugender Massnahmen noch viel Luft nach oben besteht – ganz besonders im Bereich der sexualisierten Gewalt.» Es brauche Schutzkonzepte und professionell aufgestellte Meldestellen. Die im Bericht formulierten Empfehlungen reichen nicht», so Kneubühler.

Der nun veröffentlichte Bericht geht auf ein Postulat von Nationalrätin Franziska Roth (SP SO) zurück. Sie sagt: «Er ist sehr detailliert. Man merkt, dass man sich ernsthaft mit dem Thema befasst – und dass dringend Handlungsbedarf besteht.» Doch auch ihr sind die darin formulierten Empfehlungen zu wenig verbindlich. «Die Kantone müssen dazu verpflichtet werden, Meldestellen und Qualitätskriterien für Schutzkonzepte zu definieren», so Roth. Andererseits dürfe die Gewaltprävention nicht vollständig an die Dienstleister delegiert werden. Roth fordert, dass die Kantone dazu verpflichtet werden, eine Meldestelle innerhalb der nächsten fünf Jahre einzurichten. Ausserdem prüft sie ein Postulat, das eine nationale Ombudsstelle für Menschen mit Behinderung vorsieht, so Roth.

«Den Nichtbehinderten ausgeliefert»

Mitte-Nationalrat Christian Lohr war bis vor kurzem Präsident der Fachorganisation für Menschen mit Behinderungen, Pro Infirmis. Lohr hat es dank der Unterstützung von Familie, Freunden und der Tatsache, dass er in eine normale Schule gehen konnte, weit gebracht. Ohne Arme geboren, hat er Wirtschaft studiert und über 30 Jahre lang als Journalist gearbeitet. Seit 2011 vertritt er die Thurgauer Bevölkerung im nationalen Parlament. Er selber habe nie Gewalt erfahren, betont Lohr. Trotzdem wisse er, dass Menschen mit einer Einschränkung eher von Gewalt betroffen seien. «Angriffe auf die Würde des Menschen sind nicht tolerierbar», so Lohr. «Wir müssen alles tun, um Menschen mit einer Einschränkung ein selbstständiges und barrierefreies Leben zu ermöglichen», sagt er. Das sei die beste Prävention, um Gewalt zu verhindern. Doch bis dahin sei es noch ein weiter Weg. Oft verhindere die Politik eine Verbesserung: «Im politischen Alltag bekommt man immer wieder zu hören: ‹Jetzt haben wir aber genug für die Anliegen der Behinderten getan.›»

Zurück in Cham ZG, wo Jahn Graf über seine Erfahrungen im Alltag berichtet. Für Nichtbetroffene ist es nur schwierig nachzuvollziehen, mit welchen Herausforderungen Menschen mit einer Behinderung täglich zu kämpfen haben. «Es ist dieses Gefühl, den Nichtbehinderten ausgeliefert zu sein», erklärt Graf. Im Alltag ist er oft mit solchen Situationen konfrontiert. Etwa, wenn er mit dem Rollstuhl vor unüberwindbaren Hindernissen steht. «Wenn ich zum Beispiel nach Zug fahren möchte, bin ich darauf angewiesen, dass der Lift auf dem Perron funktioniert.» Wenn er strande und sich beschwere, heisse es dann, er arbeite ja sowieso nicht, er könne an einem anderen Tag einen Ausflug machen, sagt Graf und fügt hinzu: «Ich wünsche mir, dass wir als gleichberechtigte Mitglieder einen barrierefreien Zugang zur Gesellschaft haben, zu der wir gehören.»

ANZEIGE